

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1989 brachten immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihren Unmut über die SED-Herrschaft und das Wahlsystem zum Ausdruck. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden äußerte sich im März 1989 zur aktuellen Lage und den gestellten Forderungen.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagerecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren über westliche Medien Vorwürfe der Wahlfälschung öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

In der gesamten DDR war es im Vorfeld der Wahlen zu verschiedenen "Vorkommnissen" gekommen, wobei die Stasi regionale Schwerpunkte ausmachte. Zu den meisten Vorfällen kam es in der Hauptstadt Berlin, den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig, Halle und Magdeburg. Die Art und Weise der "Vorkommnisse" glich sich dabei: Es gingen bei den Wahlkommissionen und Amtsträgern zum Teil anonyme Schreiben und Anrufe ein, zahlreiche "Hetzlosungen" und "Hetzzettel" wurden verbreitet.

Ziel der offenen Kritik waren das Wahlsystem und die Missstände in der DDR. Der Stasi war dabei durchaus bewusst, dass derartige Proteste nur die Spitze des Eisbergs waren. Unter der Oberfläche wurden zahlreiche weniger deutlich artikulierte "Wahlvorbehalte" sichtbar, die beispielsweise in Form der Verweigerung der Annahme der Wahlbenachrichtigungen oder der Ankündigung der Wahlverweigerung zum Ausdruck kamen. Die Stasi beobachtete daher sehr genau die Stimmung im Vorfeld der Wahlen und versuchte mit Hilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern den Ursachen der "Wahlvorbehalte" auf den Grund zu gehen.

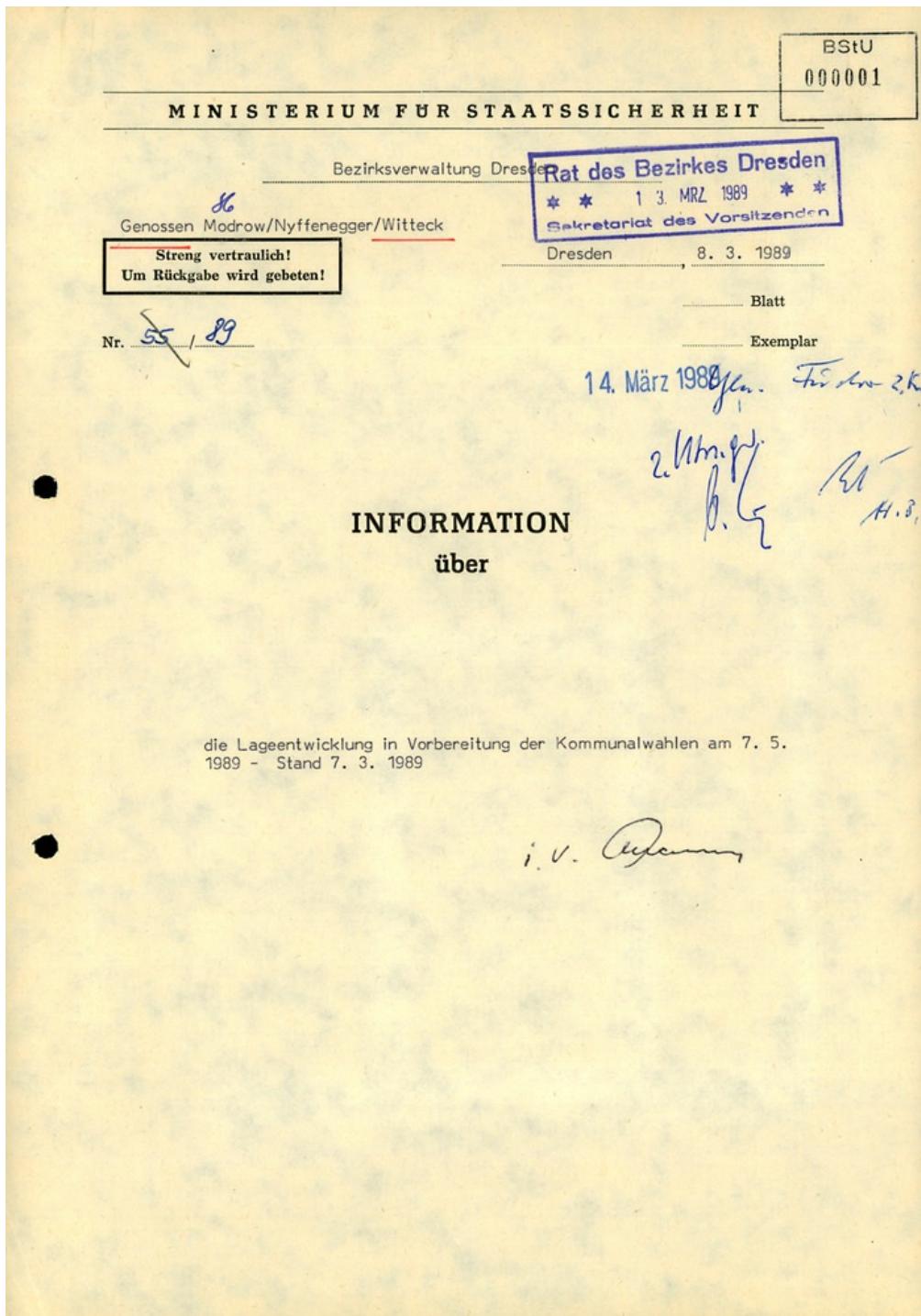
In einem Dokument vom 8. März 1989, zwei Monate vor der Wahl, informiert die Staatssicherheit in Dresden über ihre Bemühungen, "die staatliche Sicherheit im Bezirk Dresden durch die rechtzeitige Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten zu gewährleisten". Das elfseitige Dokument erwähnt verschiedene Forderungen kirchlicher Kreise und anderer Gruppierungen, wie den Wunsch nach Wahlbeobachtung. In der Anlage der Information befinden sich Abschriften von abgefangenen Briefen.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Dresden Datum: 8.3.1989
Rechte: BStU

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, BL 1-11

Blatt 1

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

BStU
000002

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit richtete ihre Anstrengungen in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen am 7. 5. 1989 darauf, unter Beachtung der Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai 1989 die staatliche Sicherheit im Bezirk Dresden durch die rechtzeitige Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten zu gewährleisten.

Bisher kam es im Vorfeld der Wahlen im Bezirk zu folgenden strafrechtlich-relevanten Vorkommnissen:

- In der zweiten Hälfte des Monats Februar 1989 wurde im VEB Kraftverkehr Pirna/Toilettenanlage Steingebäude mittels Kugelschreiber bzw. Bleistift angebrachte Hetzlosungen zum Wahlboykott aufgerufen.

Im Ergebnis zielgerichteter Maßnahmen wurde das Vorkommnis durch die Kreisdienststelle für Staatssicherheit Pirna kurzfristig geklärt und gegen den Täter (Betriebshandwerker 23) ein Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 220 StGB durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden eingeleitet. (siehe Information vom 2. 3. 1989)

- Im Februar 1989 wurden am Haltepunkt Weixdorf der Deutschen Reichsbahn Zettel mit der Aufschrift "Weg mit dem roten Staat! Wir wollen Demokratie, wählt keine Roten!" angebracht.

Auch dieser Täter, bei dem es sich um einen Antragsteller auf ständige Ausreise handelt, der als Telegramm- und Eilzusteller bei der Deutschen Post (25) tätig ist, wurde kurzfristig ermittelt und gegen ihn durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 220 StGB eingeleitet. Als Motiv für seine Handlung gab er an, entsprechend seiner feindlichen Einstellung zur DDR damit seinen Antrag auf ständige Ausreise durchsetzen zu wollen. (siehe Information vom 27. 1. 89)

- Am 24. Januar 1989 wurden im Stadtbezirk Dresden-Mitte drei Hetzzettel in Hausbriefkästen sowie Briefkästen öffentlicher Einrichtungen gefunden, in denen u. a. die Volkswahlen als Betrug bezeichnet und "freie und geheime Wahlen" gefordert wurden.

An der Aufklärung des Täters wird durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden noch gearbeitet.

Darüber hinaus wurden Hinweise erarbeitet, daß unter dem Einfluß, vor allem der westlichen Massenmedien, negativ-feindliche Kräfte aus sogenannten Friedens- und Ökologiekreisen und unter den Antragstellern auf ständige Ausreise in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen Angriffe planen, organisieren und durchführen.

Besonders unter Bezug auf den Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion und ähnliche Entwicklungen in Bruderländern werden Forderungen unter Mißbrauch solcher Begriffe, wie "Glasnost", "Perestroika" oder "Neues Denken" nach Veränderungen in der Innenpolitik des sozialistischen Staates, einschließlich Änderungen des Wahlsystems, der Übernahme sogenannter "freiheitlicher-demokratischer Wahlen"

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

BStU
000003

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

nach westlichem Muster gestellt und die Aufstellung sogenannter "unabhängiger Kandidaten", gefordert.

Darüber hinaus werden vor allem durch sogenannte kirchliche Basisgruppen und reaktionäre kirchliche Amtsträger Forderungen nach Änderung der Wehrgesetzgebung, Einführung alternativer Wehrersatzdienstformen, wie sogenannter "sozialer Friedensdienst", der Abschaffung jeglicher Wehrerziehung und vormilitärischer Ausbildung sowie der Militärparaden der NVA erhoben.

Weiter werden Forderungen nach Veränderungen im Bereich Volksbildung, besonders nach einschneidender Reduzierungen bei der Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung sowie zur Beseitigung angeblicher Benachteiligungen von christlich gebundenen Bürgern aufgrund ihrer Weltanschauung bis hin zur Gewährleistung uneingeschränkter Reisefreiheit, gestellt.

Bei allen diesen vorgetragenen Angriffen ist ersichtlich, daß ihre Verfechter Gesellschaftsformen und -modelle vor Augen haben, die kapitalistischen Vorstellungen und sogenannten "freiheitlich demokratischen Grundwerten" entsprechen und im Ergebnis der Beseitigung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung dienen sollen.

So wurde von Vertretern kirchlicher Basisgruppen aus Berlin ein sogenannter "Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter zu den Kommunalwahlen 1989" erstellt (Anlage 1), republikweit an bekannte kirchliche Friedens- und Menschenrechts- und Ökologiegruppen verteilt und im Bezirk Dresden u. a. im sogenannten Cafe "Pep" des Gemeindezentrums der Evangelisch-Lutherischen Kirche Dresden Prohlis verbreitet. Dadurch wurde dieses Machwerk vor allem bei den sich dort-montäglich treffenden negativ-doktadoniten Jugendlichen bekannt. (siehe unsere Information vom 17. 2. 89)

Im Brief werden Christen und Nichtchristen in demagogischer Form aufgefordert, für mehr "Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde in der DDR" einzutreten. Es heißt darin u. a.:

- Es war und ist unser Anliegen, zur Überwindung der durch Praxis und Prinzip innerer und äußerer Abgrenzung bewirkten Stagnation der sozialistischen Entwicklung unseres Landes beizutragen und die positiven Impulse der Demokratisierungsbemühungen in einigen sozialistischen Ländern Osteuropas aufzunehmen. Unsere Anregung, daß Friedens- und Umweltgruppen der Gemeinden aus ihrer Mitte Kandidaten für die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 vorschlagen sollten, zielt darauf ab, die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, um einen Schritt zur Überwindung der inneren Abgrenzung des staatlichen Machtsystems gegen eigenständige Verantwortung der Bürger zu tun.

Wir wissen uns einig mit vielen Menschen unseres Landes - Christen und Nichtchristen -, daß die Mitwirkung unabhängiger Abgeordneter in den örtlichen Volksvertretungen darauf gerichtet sein sollte,

- daß die großen Probleme der Versorgung (besonders mit Frischwaren), der Umweltvergiftung, des baulichen Verfalls, der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, des Umgangs mit Ausländern, des Alkoholismus etc., vor denen wir allerorts stehen, offengelegt und angegangen werden;

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

BStU
000004

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- daß ein offener und öffentlicher gesellschaftlicher Dialog über Weg und Ziel unserer Gesellschaft möglich wird
- daß sich eigenständige Interessengruppen und Bürgerinitiativen bilden und ihre Anliegen öffentlich bekunden und vertreten;
- daß die Ausschüsse der örtlichen Volksvertreter mehr Initiativen gegenüber den Räten entwickeln und mehr eigene Beschußvorlagen erarbeiten.

Ebenfalls aus Kreisen kirchlicher Basisgruppen liegen erste Hinweise vor, daß angestrebt wird, in Vorbereitung der Wahlen Personen zu gewinnen, die in ihrem Sinne an der öffentlichen Auszählung in den Wahllokalen teilnehmen, Feststellungen zum Ergebnis treffen und diese Informationen dann austauschen bzw. für einen Wahlkreis zusammenführen. Damit soll das Ziel verfolgt werden, die Wahlergebnisse und die Durchsetzung des Wahlgesetzes der DDR zu "kontrollieren". Dazu wurde eine schriftliche Aufforderung erarbeitet und u. a. im Bezirk Dresden verbreitet (Anlage2). An der Aufklärung der Organisatoren und Initiatoren sowie des Umfangs der Verbreitung wird zur Zeit durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden noch gearbeitet. Zur gegebenen Zeit wird nachinformiert.

Im Kreis Großenhain wurde im Monat Dezember 1988 ein sogenannter "Kettenbrief" festgestellt, der von jedem Empfänger dreimal abgeschrieben und weitergeschickt werden sollte, so daß er nach 14 maliger Verbreitung 14.348.907 Empfänger erreicht werden sollten. Dieser Brief beinhaltete unter der Überschrift "Nach 40 Jahren DDR" Forderungen nach:

- besseres Warenangebot
- Rentenerhöhung
- Reiseverkehr einschließlich Urlaubsreisen in alle NSA-Staaten
- freie Wahlen
- Einstellung der Wartburgproduktion

Weiter heißt es unter der Überschrift:

"Handeln Sie mutig wie 'Gorbi'!":

- Am 15. 5. 89 nutzen Sie die Wahlkabine
- Nehmen Sie an keinen Versammlungen mehr teil
- Nutzen Sie Ihr gesetzliches Eingabonrecht
- Zahlen Sie keine Soli-Spenden mehr

(Anlage 3)

In die Bestrebungen negativ-feindlicher Kräfte zur Störung der ordnungsgemäßen Wahlvorbereitung sind auch die Aktivitäten des "Ökologischen Arbeitskreises" der Dresdener Kirchenbezirke im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Reinstilliziumwerkes in Dresden-Gittersee einzuordnen.

Von diesen Kräften, unter Führung des Superintendenten Scheibner, und Pfarrer Weißflog wurde eine für den 9. 2. 89 geplante Einwohnerversammlung in Vorbereitung der Volkswahlen für die Propagierung ihrer Ansichten missbraucht und darüber hinaus begünstigende Bedingungen genutzt, um die Teilnehmer in kirchliche Räume einzuladen.

(siehe Information vom 11. 2. 89)

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

BStU
000005

5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Während der Einwohnerversammlung des WBA 346/347 am 27. 2. 89 trat der [REDACTED] der [REDACTED] in der Diskussion auf und erklärte u. a.

.. daß er den Kandidaten kein Vertrauen schenken kann, da bisher viel Versprechungen gemacht wurden, aber nichts geändert wurde.
Er empfindet die Wahl als nicht gerechtfertigt und brachte zum Ausdruck, daß er damit nicht einverstanden sei. Er habe das Vertrauen zu Partei und Staat verloren, es müsse eine Regierungsumbildung erfolgen und echte freie Wahlen einberufen werden.

Seiner Meinung nach arbeite die Staatsführung nicht mit der Kirche zusammen, sondern gegen die Kirche. Das käme in Überwachungsmaßnahmen kirchlicher Veranstaltungen und nichtgenehmigten Veranstaltungen zum Ausdruck. Er wiederholte, daß in der DDR nach dem Muster der UdSSR und besonders Genossen Gorbatschow gearbeitet werden müsse, damit es zu echten Veränderungen kommt.

Obwohl fortschrittliche Bürger gegen die Ausführungen des [REDACTED] auftraten, erhielt er auch Beifall von den Anwesenden.

Eine ehemalige Unterstuflehrerin mißbrauchte am 1. 2. 1989 eine Einwohnerversammlung des WBA 858 in Vorbereitung der Wahlen, um eine provokative Eingabe zu verlesen, in der sie forderte, Schulgebäude nicht als Wahllokale zu benutzen, in denen Pädagogen aufgrund ihrer Antragstellung mit "Berufsverbot" belangt worden wären. (siehe unsere Information vom 15. 2. 89)

Weitere Aktivitäten von Antragstellern auf ständige Ausreise aus der DDR wurden im Landkreis Dresden festgestellt. Unabhängig voneinander richteten drei derartige Personen gleichlautende Schreiben an den Rat des Kreises Dresden-Land, in denen sie um Mitteilung bat, welche Kandidaten für ihren Wahlkreis zuständig sind, wenn diese sich vorstellen und wo und wann sie in die Wählerlisten einschreiben können.

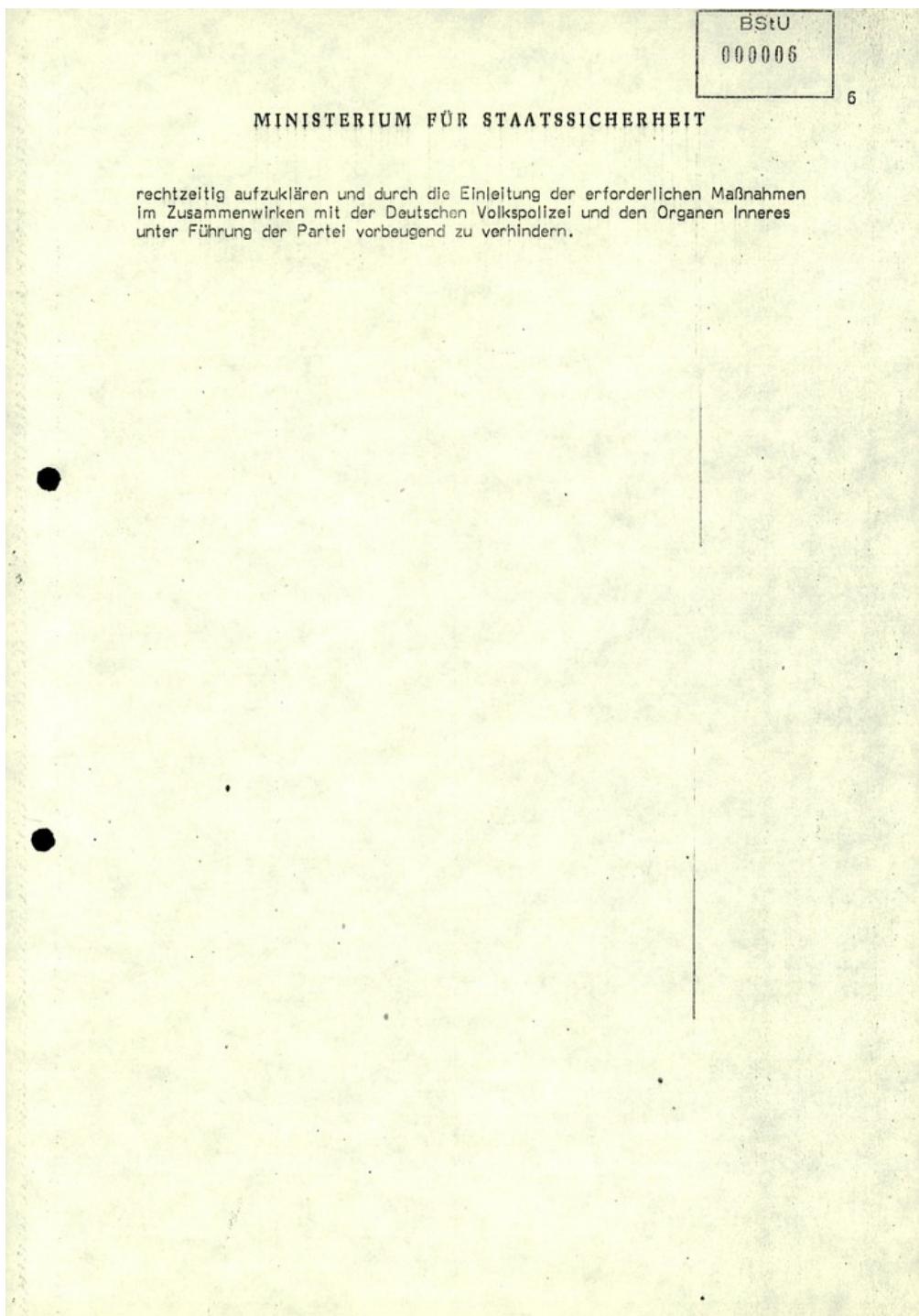
Die mit diesen Personen geführten Gespräche führten zu dem Ergebnis, daß sie befriedet sind und ihre Fragen an den Rat des Kreises richten, um sicher zu sein, in den Wählerlisten Aufnahme zu finden. Sie bestritten, mit ihrer Fragestellung provokative Absichten zu verfolgen.
(siehe Information vom 23. 2. und 2. 3. 89)

Mit gleichem Anliegen wandte sich der Antragsteller auf ständige Ausreise

[REDACTED],
an den Rat des Kreises Dresden-Land. Die Gesprächsführung mit diesem steht noch aus.

Die vorgenannten Erscheinungen zeigen, mit welcher Intensität und Mitteln und Methoden negativ-feindliche Kräfte versuchen, die Wahlen am 7. 5. 1989 für ihre Zwecke zu mißbrauchen.
Die Sicherung der Kommunalwahlen stellt an ihre Vorbereitung und Durchführung hohe Anforderungen an alle staatlichen Organe, gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte, um sie zu einem vollen politischen Erfolg zu gestalten. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden wird ihre Anstrengungen weiter erhöhen, um alle Pläne und Absichten des Gegners und feindlich-negativer Kräfte im Bezirk Dresden

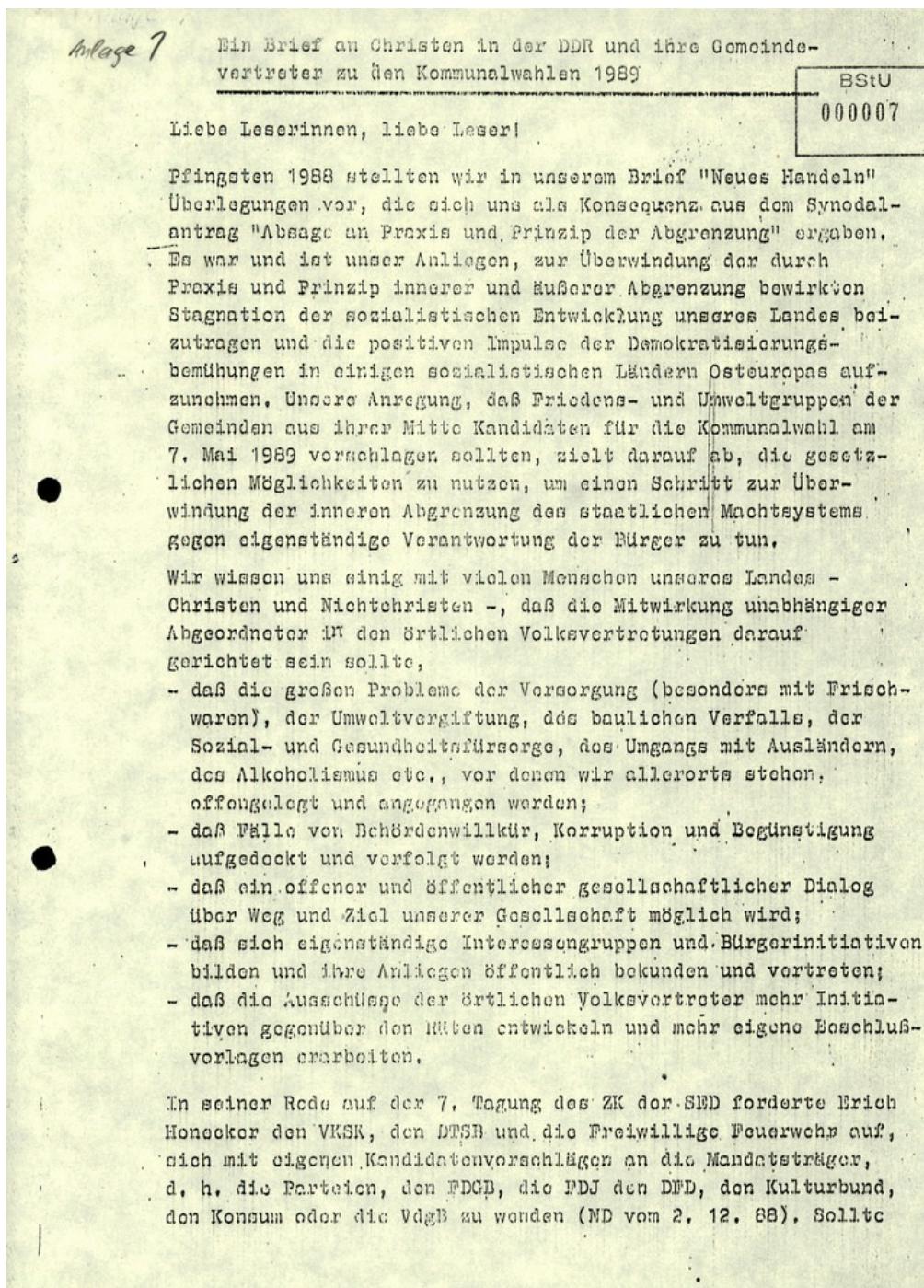
Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, BL 1-11

Blatt 6

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl 1-11

Blatt 7

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

nicht, was für Kleingärtner, Sportler und Feuerwehrleute gilt,
auch für Friedens- und Umweltgruppen gelten? BStU 000008
Was ist zu tun?
Noch im Januar sollten sich diejenigen, die zur Kandidatur bereit
sind, beim örtlich zuständigen Gemeinde-, Stadt oder Stadtbezirks-
rat eine Bescheinigung über ihre Wahlbarkeit gemäß § 15 des Wahl-
gesetzes (GBL I Nr. 22 1976) einholen. Unmittelbar nach dem Wahlaufruf
der Nationalen Front am 26. 1. 1989 sollten sich die interes-
sierten Gruppen mit ihrem Kandidatenvorschlag an einen der o. g.
Mandatsträger wenden und ihn begründen. Zwischen dem 8. 2. und dem
8. 3. erfolgt die Prüfung der Kandidaten. Wichtig ist dann die
Teilnahme an öffentlichen Tagungen der Ortsausschüsse der Nationalen
Front, bei denen gemäß § 18 des Wahlgesetzes die Kandidaten vorge-
stellt und über ihre Reihenfolge entschieden werden soll. Sie
sollen zwischen dem 9. und 30. 3. stattfinden. Zu beachten sind
auch die Hinweise, die in der Rede von Werner Kirchhoff auf dem
7. Plenum des ZK der SED (ND vom 5.12.88) über die Wahlvorberei-
tungen gegeben werden.
Jeder Wähler, auch wenn er nicht an der Aufstellung zusätz-
licher Kandidaten teilnimmt, sollte sich über das Wahlgesetz infor-
mieren und über seine Reformwürdigkeit nachdenken sowie Wahl-
veranstaltungen besuchen.
Ließen Sie uns gemeinsam an der aus mit vielen Nichtchristen ver-
bindender Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit
würde in der DDR festhalten. Indem wir wider alle Resignation
für diese Hoffnung aktiv einstehen, stärken wir die Bemühungen
unserer Mitbürger um Verantwortung und Emanzipation.

Berlin, den 8. Januar 1989

Initiativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung"

Michael Bartoszik Stephan Bickhardt Martin Böttger
Heinz-Josef Burdettwitz Wolfgang Apfeld Rainer Flügge
Ludwig Mehlhorn Rainer Roepke Wolfgang Ullmann

Für den Friedenskreis der Bartholomäus-Gemeinde:

Hans-Jürgen Fischbeck Sillyle Gläser Reinhard Lampo
René Maltusch Anna Witte

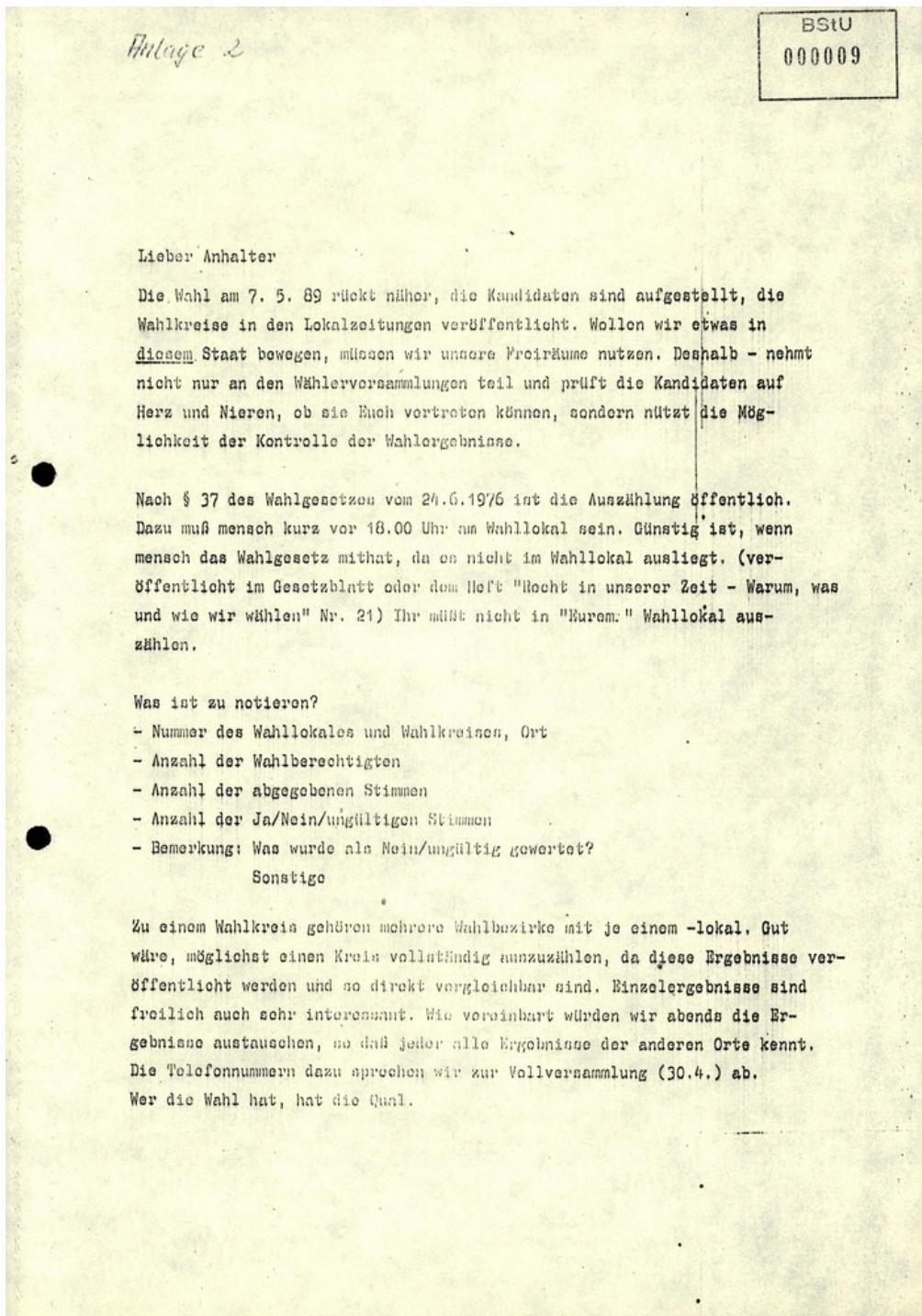
Für den Friedenskreis der Gohlsha-Gemeinde:

Peter Hilsberg Birgit Körnig Rainer Körner
Reiner Rühl Volker Schumann

**Für die Projektgruppe Ökologie - Menschenrechte der Arche
Berlin-Brandenburg**

Claus Brennahl Sieglinda Hieke Caterina Hartung
Norbert Bureczyk

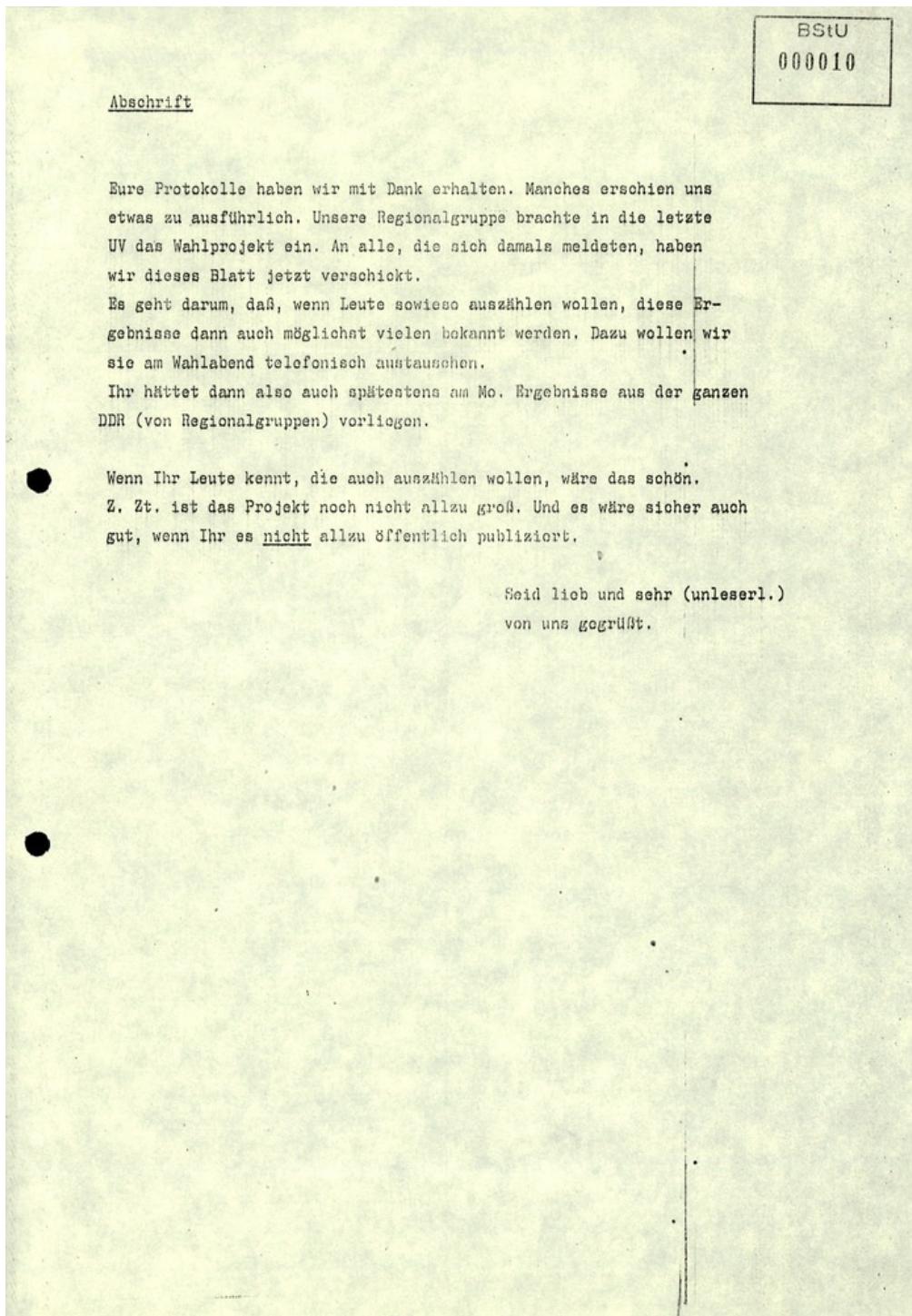
Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, BL 1-11

Blatt 9

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, BL 1-11

Blatt 10

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Genosse[n]

[REDACTED] / [REDACTED]
geboren am / in [REDACTED]
wohnhaft [REDACTED]
Tätigkeit [REDACTED]
Arbeitsstelle [REDACTED]
Kraftfahrer [REDACTED]

1 Exemplar eines an ihn gerichteten "Kettenbriefes" mit feindlich negativem Inhalt übergeben. Der Brief ist am 7. [REDACTED] 1989 abgeschlossen. Er ist im Durchschreibeverfahren handschriftlich angefertigt worden und hat nachfolgenden Text:

Mut und Tat

Nach 10 Jahren DDR
fordern wir:

| | |
|---|------------|
| • Ein ständiges Angebot aller Waren ohne "Schlangensteine", wie in der CSSR | 3 |
| • Die Rentenerhöhung nicht am 1.11.89 sondern ab 1.3.89 | 9 |
| • Ungehinderter Reiseverkehr in die BRD und Ferienreisen auch in Kapitalistische Länder | 27 |
| • Freie Wahlen mit Kandidatenauswahl | 81 |
| • Einstellung der Produktion des "Millionen-Wartburgs" | 243 |
| | 729 |
| | 2187 |
| | 6561 |
| | 19.683 |
| | 59.049 |
| | 531.441 |
| | 1.594.323 |
| | 4.782.969 |
| | 14.348.907 |

nehmen Sie diese Kette nicht abweisen!
schicken Sie innerhalb von 3 Tage diese Gedanken 3 mal an Ihnen bekannte Personen, dann erreichen wir bis zum 15.5.89, dem Wahlsonntag, alle wahlberechtigten DDR-Bürger.

VO-12-11

Handeln Sie mutig wie "Gorbi":

- Am 15.5.89 nutzen Sie die Wahlkabine für Ihre Entscheidung!
- Nehmen Sie an keinen Versammlungen und Kundgebungen mehr teil.
- Nutzen Sie Ihr gesetzliches Abgaberecht und lassen Sie sich nicht bevormunden und entmündigen.
- Zahlen Sie keine "Solid-Spenden" mehr. Die Jahresendprüfung steht Ihnen.
- Helfen Sie mit unsor leben zu entkalken. Die Zeit ist reif!

BStU
000011

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, BL 1-11

Blatt 11